

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druckerei: Nachrichten Dresden.
Telegraphen-Sammelnummer: 25 241.
Nur für Nachdruckpreise: 20 Pf.

Bezugs-Gebühr vom 1. bis 15. Juli 1925 bei ständiger zweimaliger Zulieferung, drei Nummern, 1,50 Mark.
Drei Einheiten werden nach Postmark berechnet; die einzige 30 mm breite
Teile 30 Pf., für gewöhnlich 35 Pf., Familienzeiten und Südländer ohne
Rabatt 10 Pf., außerhalb 20 Pf., bis 90 mm breite Reklamezeitungen 150 Pf.,
außerhalb 200 Pf., Überlieferungsgebühr 10 Pf., Ausum. Kläger gegen Herausgeber.

Stacheldraht nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachrichten“) zulässig. - Unserkennbare Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle:
Marienstraße 38/40.
Druck u. Verlag von Lipsius & Reichardt in Dresden.
Postleitzahl: Rauten 1068 Dresden.

Der Finanzausgleich vor dem Landtag.

Ein Defizit von 40 Millionen durch den geplanten neuen Finanzausgleich zu erwarten.
Die Urteilsvollstreckung gegen die Moskauer Studenten vorläufig ausgesetzt. — Proteststreik der Börsen in Berlin, Dresden u. Chemnitz.

Die Auflösungsanträge in Beratung.

149. Sitzung.

Dresden, den 8. Juli 1925.

Vor Eintreten in die Tagesordnung gibt.

Justizminister Bünger

eine Erklärung ab zu Neuerungen der Abg. Neßl und Ebels (Linkspol.), dass Staatsanwalt Dr. Markgraf in Chemnitz viele Anzeigen gegen Rechtsorganisationen einfach unter den Tisch habe fallen lassen. An den Anschuldigungen sei kein wahres Wort. Ferner nimmt der Minister Stellung zu dem Vorwurf der Beleidigungswirtschaft, den Abg. Ebels in der Dienstagsitzung gegen das Justizministerium erhoben hat. Der Minister klärt die Sache auf und weist die Vorwürfe zurück. Unter großer Heiterkeit des Hauses hält der Minister fest, dass in dem einen Falle die beiden Beteiligten allerdings einen gemeinsamen Urkroshauer hätten.

Der Landtag nimmt dann

Berichte von Untersuchungsausschüssen entgegen. Der Bericht des Untersuchungsausschusses zur Prüfung der

Beamtenpolitik Beigners

lautet wie folgt:

Der Untersuchungsausschuss hat zu der Behauptung in der Erklärung des Deutschen Richterbundes, dass die Unabhängigkeit der sächsischen Richter durch die Beamtenpolitik des früheren Justizministers Beigner gefährdet sei, eine Neuerung des Justizministeriums zu den Unterlagen verlangt. Der Ausschuss nimmt von dieser Neuerung Kenntnis.

Der Barmat-Ausschuss

hat festgestellt, dass die Verhandlungen nicht den geringsten Anlass gegeben haben, die Bestrebungen der früheren sächsischen Regierung zu den Gebärden Barmat zu bemängeln.

Die Kommunisten stellen den Antrag, die Regierung zu beauftragen, den Gesandten Gradauer sofort seines Amtes zu entheben, und ein Disziplinarverfahren gegen ihn einzuleiten, da er überführt worden sei, etwa 1000 Holländische Gulden von Barmat als Schenkung angenommen zu haben.

Der Bericht des

Böttcher-Ausschusses

ist im Mittwoch-Morgenblatt bereits wiedergegeben worden. Der Ausschuss hat beschlossen, die Handlungssweise des Ministers Böttcher hinsichtlich des 80-Billionen-Liquiditätsfriedens aufs schärfste zu missbilligen, die Anwendung zur Verteilung von Karpfen aus Privatbesitz an Erwerbslose als eine Überschreitung der Befugnisse des Ministers Böttcher zu kennzeichnen und die Beamtenpolitik Böttchers als den Interessen des Staates zuwiderlaufend zu verurteilen.

Ein Antrag des Abg. Steiner (Kom.) zu bestimmen, dass Böttcher den Staat nicht geschädigt habe und die Verwendung der 800 Millionen richtig und notwendig gewesen sei, wird abgelehnt.

Der Landtag nimmt von den drei Berichten der Ausschüsse zufrieden Kenntnis.

Vizepräsident Dr. Ekdal (D.-N.) beantragt zu Kapitel 11 des ordentlichen Staatshaushaltes,

Einnahmen der allgemeinen Haushaltswaltung,

die Einnahmen zu genehmigen. Das geschieht ohne

Ausprache.

Abg. Blüher (D. Ps.) berichtet über Kapitel 12.

Steuern.

Er betont, dass die Hoffnungen des Finanzministeriums auf einen besseren Finanzausgleich zunächst geworden seien. Die Maßnahmen des Reiches würden sich in außerordentlich harter Weise auswirken. Der Erfolg werde

ein Defizit von rund 40 Millionen Mark

im Staatshaushalt sein. Diese Tatsache könne nicht laut genug in die Öffentlichkeit hinzugetragen werden. Der Staat werde in erheblichem Maße von der Subsistenz zehren müssen. Es werde nun nötig sein, die Ausgaben zu verringern oder die Steuern wesentlich zu steuern. Wahrscheinlich werde beides getan werden müssen. Wie diese Aufgabe galt erledigt werden solle, sei eine Frage, die man den Reichsstädtischen zur Beantwortung vorlegen möchte. Was für den Staat gelte, das gelte natürlich auch für die Gemeinden. Die Finanzminister der Länder hätten gegen die Pläne des Reiches lebhafte Widerstreit erhoben und es sei zu nicht ganz erfreulichen Erörterungen gekommen. Immerhin müsse anerkannt werden, dass die Finanzminister dabei nur dasjenige getan haben, was ihre Pflicht gegenüber dem Lande sei. Das gelte auch für den sächsischen Finanzminister Dr. Reinhold. Um das trübe Bild noch schwächer zu malen, müsse angeführt werden, dass die Abstimmung beim Reichsfinanzministerium befreie, eine Finanzkontrolle der Länder und Gemeinden einzuführen. Der Redner geht zum Schluss nochmals auf die finanzielle Lage der Gemeinden ein. Die Gemeinden werden der Reichsregierung dankbar sein, wenn sie ihnen sagten, wie sie die großen Lasten der Wohlfahrtspflege und Aufwertung tragen sollen, wenn gleichzeitig die Steueranteile beschränkt würden.

Darauf führt

Finanzminister Dr. Reinhold

folgendes aus: Dass der sächsische Staat mit einem ungedeckten Defizitbetrag von 39½ Millionen Mark schwicht, sei außerordentlich bedenklich, und er möchte hier vor dem Landtag auf die Frage Antwort geben, warum die Regierung und das Finanz-

ministerium glauben, es zunächst verantworten zu können, einen solchen Fehlbetrag zu übernehmen, ohne daraus die an sich nötige Konsequenz zu ziehen und eine sofortige Steuererhöhung vorzuschlagen. Wenn wir in normalen wirtschaftlichen Verhältnissen lebten, würde es auch kein Finanzminister verantworten können, ein solches Defizit zur Verabschiedung vorzuschlagen. Das Finanzministerium habe aber geglaubt, von neuen Steuererhöhungen absieben zu müssen, weil es der Überzeugung sei, dass

die Steuererhöhung in diesem Moment nicht möglich sei.

Niemand werde behaupten können, dass die Grundsteuer noch eine weitere Erhöhung vertrage. Die Gewerbesteuer sei ebenfalls bereit bis an die Grenze der Leistungsfähigkeit angelspannt. Auch aus der Mietzinsteuer, gegen deren unzulässige Wirkung sich die Regierung immer gewehrt habe, würde für den Finanzbedarf des Staates kaum noch etwas geschöpft werden können. Würde sie in die Höhe gehebt, dann würden wir in eine neue Welle von Lohnserhöhungen und Preisveränderungen hineintreten und der Staat würde so beeinflusst werden, dass die erhöhten Einnahmen wieder verloren gingen. Der Landtag werde es daher billigen, dass ein Defizit in Kauf genommen werde, anstatt mit neuen Steuererhöhungen wirtschaftlich unmögliche Zustände zu schaffen.

Wie ist dieses Koch in den Staatsrat gekommen?

Der Landtag habe leider selbst dazu beigebracht, die Ausgaben zu erhöhen, vor allem auf dem Gebiete der Wohlfahrtspflege seien Kosten von Gemeinden auf den Staat übertragen worden. Das große Defizit sei aber dadurch entstanden, dass ein Finanzausgleich in Ansicht steht, wie man ihn in den Ländern nicht erwartet hat. Die Finanzminister der Länder kämpften nicht für partikularistische Interessen, wenn sie gegen die Reichsregierung Stellung genommen hätten. Lediglich die Sorge für ihre Länder hätte sie hierbei geleitet. Der Anteil an den Reichsteuern werde für die Länder und Gemeinden von 90 auf 75 Prozent ermäßigt und dies würde auf Steuern zurückgegriffen, die aber eher abgebaut werden müssten, wenn wir wirtschaftlich leben wollten. Da die Länder bei dieser Sachlage ihre Aufgaben erfüllen könnten, sei vollkommen unmöglich, und ihr Protest gegen diese Art der Regelung sei daher durchaus unpolitisch und einheitlich. Er gebe aber die Hoffnung noch nicht auf, dass die Reichsregierung den Ernst der Lage erkenne und zu neuen Verhandlungen sich bereit erkläre. Daher dürfe er die Überzeugung aussprechen, dass dieses Defizit durch ein vernünftiges Vorgehen der Reichsregierung im Inneren mit den Ländern herabgemindert werde. Der Finanzminister bittet zum Schluss den Landtag, sich bei dieser Sachlage hinter die Regierung zu stellen und sich ihm im Protkat anzuschließen.

Abg. Renné (Kom.) begründet den Antrag seiner Fraktion. Die Gründe der Linksozialdemokraten für die Auflösung des Landtages seien nicht die der Kommunisten. Während die Linksozialdemokraten mit der Auflösung den unseligen Parteiklub befürworten würden, lägen die Gründe für die Kommunisten in der Haltung der Koalitionsregierung. Der Landtag müsse aufgelöst werden, weil er der politischen Einstellung der Bevölkerung nicht mehr entspreche. Mit der Abstimmung, sich mit den Rechten zu vereinigen und sie dann aus der Partei herauszukommen, sei es zu spät. Es fehlt breiter Aufführung beschäftigt sich der Redner immer wieder mit den Linksozialdemokraten. Das Haus hat sich bis auf etwa 15 Abgeordnete geleert. Der Redner sagt weiter, dass der Landtag aufgelöst werden müsse, weil er der Reaktion in Sachen die Möglichkeit zum ungehinderten Vormarsch gegeben habe. Es müsse eine Sammlung der revolutionären Arbeiter unter dem Banner der Kommunisten erfolgen. Der Landtag habe immer Geld für alle möglichen Dinge zur Unterdrückung des Proletariats, aber niemals Geld, der Nähe der Arbeiterschaft abzuholzen.

Abg. Renné (Kom.) gibt die Begründung des Auflösungsantrages seiner Fraktion. Er lehne es ab, hier auf den Konflikt innerhalb der Sozialdemokratie einzugehen, da dass eine Angelegenheit sei, die die Parteien selbst betrifft. Der Auflösungsantrag sei gestellt worden, weil der Landtag seine Daseinsberechtigung mehr habe. Der Regierung fehle jede parlamentarische Grundlage. Die 28 hätten niemand hinter sich. Der Parteivorsitz sei klar und klar von ihnen abgerückt. Man habe von allem Anfang an diese Regierung befürwortet.

Die Regierung sei nicht eine Regierung des Aufbaus, sondern eine Regierung des Abbauens jeder sozialistischen Errungenschaft, eine Regierung, die die Restaurationsperiode des Bürgertums herbeiführt habe. Bedauerlich sei es, dass diese Regierung mit von Sozialdemokraten gewählt worden sei. Die Linksozialdemokraten hätten eben nicht zugestimmt, unter einem Zwange gehandelt zu haben, sondern sie hätten sich Mühe gegeben, Gründe für Anschwanger zu finden, die sie früher selbst aus schärfste verurteilt hätten. Die Regierung habe hinsichtlich der Arbeiter- und der Angestelltenpolitik vollständig verlängert. Die Staatsbetriebe seien keine sozialistisch eingesetzten Musterbetriebe, wie sie es sein sollten, sondern sie würden kapitalistisch geführt. Die Steuerpolitik der Regierung sei eine Nebengabenpolitik zugunsten der Kapitalisten. Die Beamten seien von der Regierung in einer Weise behandelt worden, die jeder Beschreibung spricht. Das monarchische System habe die Beamten viel mehr gesäumt. Große Unruhe. Der Auflösungsantrag sei gestellt, weil die sächsische Regierung gleichzeitig eine Stütze für die Abstimmungen in Schulfragen, über die Amnestie und die Soldvorlage bin. Die nationalsozialistische Politik der Reichsregierung werde von Sachen nicht durchkreuzt. Auch die Demokratische Partei habe Dinge gemacht, die jeder Demokratie ins Gesicht schlugen. Die drei Parteien hätten den Interessen des Landes nicht gedient. Deshalb wünschte seine Fraktion, dass die Konsequenzen gezogen werden: die Auflösung.

Bei Schluss der Redaktion dauert die Sitzung noch an.

Die Gnadengebote im Moskauer Studienprozeß

Moskau, 8. Juli. Die Gnadengebote der Eltern

Kindermanns und Woltschis, sowie des Verteidigers von Dittmars sind dem Zentralkomitee am 4. Juli zugegangen.

Kalinin hat gestern verkündet, dass die Entschließung des Präsidiums des Zentralen Komitees über die persönlichen Gnadenboten Kindermanns und Woltschis vorliegt. (W.T.W.)

Der Disziplinarverfahrensantrag gegen Jänicke.

Berlin, 8. Juli. Der Antrag im Disziplinarverfahren gegen den Schwiegervater des früheren Reichspräsidenten Ebert, Jänicke, wegen der beleidigenden Äußerungen über den Reichspräsidenten v. Hindenburg lautet, wie wir erfahren, auf Amnestie und die Pension. Die Untersuchung gegen Jänicke ist, auch auf andere Fälle ausgedehnt worden, über die, da es sich um schwedische Persönlichkeit handelt, vorläufig nichts gemeldet werden kann.

Eine Jahrtausendstädte für eine Jahrtausendstädte

Berlin, 7. Juli. Das Stadtverordneten-Kollegium von Waldkirchen (Niederrhein) hat beschlossen, an Stelle einer Jahrtausendfeier zehn Eigenheime für kinderreiche Familien zu schaffen und sie „Jahrtausendstädte“ zu nennen.

Die Umsatzsteuer im Ausschuß.

Das Rückgrat der Finanzverwaltung.

Berlin, 8. Juli. Der Steuerausschuß des Reichstages beriet heute über die Umsatzsteuer. — Staatssekretär Popig führte aus, die Umsatzsteuer sei ein Zeichen der Not unserer Zeit. Sie bestehet heute in den meisten europäischen Staaten. Die Umsatzsteuer müsse bei uns 1,5 Milliarden bringen, wenn wir unseren öffentlichen Haushalt balancieren wollen. An dieser Notwendigkeit finde die Senkung oder Abänderung der Umsatzsteuer eine Verkrüpplung. Das möge vom Standpunkt unserer vorliegenden Wirtschaft bedauerlich sein, aber Steuern verfolgen eben in erster Linie soziale Zwecke. Die Umsatzsteuer bringe große Erfüllung dadurch, daß sie alles unterschiedlos mit dem gleichen Satz erfaßt. Jede Durchbrechung dieses Prinzips reiche das ganze Gebäude ein. In diesem Zusammenhang sei es interessant, daß vor kurzem Gaillau in der französischen Kammer, als auch dort alle möglichen Befreiungsanträge gestellt wurden, gegen alle diese Verdächtigungen grundähnlichen Bedenken sich auf das ent-schieden gewehrt habe.

Die Anregung des Abg. Dr. Herrn wegen erheblicher Senkung der Umsatzsteuer und vor allem Herauslassung der Lebensmittel wurde zum Zusammenschluß der Umsatzsteuer führen. Allein das Herauslassen der Lebensmittel würde das Ergebnis der Steuer um die Hälfte ermäßigen.

So wie die wirtschaftlichen Verhältnisse liegen, werde Umsatzsteuer wie in der Vergangenheit, so auch künftig noch auf längere Zeit das Rückgrat unserer Finanzverwaltung sein.

Dem Ausschuß liegt eine Einschätzung der Regierungsparteien zugrunde, in der es u. a. heißt: Die Wirtschaft befindet sich auf einem so schwierigen Lage, daß die Steuerreform unbedingt vor den Reichstagserien verabschiedet werden muß. Aus diesem Grunde ist eine umfassende Durchberatung des ganzen Umsatzsteuerverproblems zurzeit nicht mehr möglich. Der Reichstag ist aber der Auftrag, daß die Frage der grundähnlichen Umgestaltung des Umsatzsteuervertrags noch nicht als erledigt gelten kann, daß es vielmehr eingehender Prüfung bedarf. Prüfung auch der im Auslande bestehenden Systeme, und daß dazu auch die Mitarbeit des Reichswirtschaftsrates erforderlich ist. Angriffen wird innerhalb des gegenwärtigen Systems zu prüfen sein, wie und wann ein weiterer Abbau des Umsatzsteuertarifes im Rahmen der finanziellen Bedürfnisse des Reiches, der Länder und Gemeinden vorgenommen werden kann. Der Reichstag erwartet also bald eine eingehende Stellungnahme der Reichsregierung und evtl. vorerstlich entsprechende Vorlagen.

Ein Antrag der Regierungsparteien, der ebenfalls den Beratungen mit zugrunde steht, will die Umsatzsteuer auf 1,25 Prozent ermäßigen.

Gegenüber weitergebenden Wünschen erklärte Staatssekretär Popig, er sehe keine Möglichkeit, die Umsatzsteuer mehr zu senken als auf 1,25 Prozent. Abgesehen von der Unmöglichkeit einer weiteren Senkung müßte man dann auch für eine Kürzung der Umsatzsteueranteile der Länder und Gemeinden eintreten. Die Reichsregierung sei grundsätzlich zu einem Abbau der Umsatzsteuer bereit, wenn die Verhältnisse nur irgendeine Möglichkeit dafür böten. Wenn betont wird, daß durch eine Senkung der Umsatzsteuer eine Verbesserung der Preise herbeigeführt werden sollte, so steht der Redner auf dem Standpunkt unserer vorliegenden Wirtschaft bedauerlich, daß die Umsatzsteuer überhaupt so hoch genug sei, als daß man durch ihre Befreiung eine wesentliche Preisverbesserung herbeiführen könnte.

(Bei Schluß der Redaktion dauert die Sitzung noch an.)

Die Kreditmöglichkeiten der Landwirtschaft.

Berlin, 8. Juli. Der Steuerausschuß des Reichstages beriet heute das Thema Belastung Kapital. Rätsel der Landwirtschaft. zunächst gaben einige Vertreter der Reichsbank eine Darstellung des gegenwärtigen Standes der Kapitaldeckung und Beschaffung sowie der drei vorliegenden Schwierigkeiten über den Ainsdienst. Reichsbunddirektor Kaufmann erklärte, seitens der Reichsbank und der Rentenbank ständen der Landwirtschaft Kredite im Gesamtbetrag von etwa 1200 Millionen zur Verfügung, dazu sei die Landwirtschaft ferner gut beteiligt an den Krediten der Sparassen, auch mit der Post schwachen Vereinbarungen, Kreditgelder zur Verfügung zu stellen. Ferner sei die Landwirtschaft an den 800 Millionen Pfandbriefen der Deutschen Hypothekenbank zu einem erheblichen Prozentsatz beteiligt. Außerdem bemühe man sich, von den Versicherungsgesellschaften der Landwirtschaft Kredite auszuführen. Bezüglich der Erlangung auswärtiger Kredite betonte der Vortragende, daß Verhandlungen im Gange seien, die an der Hoffnung berechteten, langfristige Kredite zu erlangen.

Auf Rätselfrage übergehend, betonte er, daß der Satz der Reichsbank mit 9 Prozent nicht als so hoch bezeichnet werden kann. Was die Verzinsung der Hypothekenpfandbriefe usw. anreche, so seien Bestrebungen im Gange, eine Herabsetzung des Rätselrates nach Möglichkeit herbeizuführen.

Zu hoffen sei auch, daß man in der nächsten Zeit nicht zu einer Hinaussetzung des Satzes der Reichsbank schreiten werde, vielmehr daran denken dürfe, noch eine weitere Erhöhung herbeizuführen. Zur Förderung der Landwirtschaft gehöre daneben vor allem Steigerung der Produktion, die allerdings nicht durch eine erhöhte Preislage zu erreichen sei. Auf die Frage, ob die Reichsbank erhebliche Summen unter den üblichen Rätselräten geben könne, erwiderte Reichsbunddirektor Kaufmann, daß man diese Frage leider verneinen müsse.

Örtliches und Sachsisches.

Wird der Landtag aufgelöst oder nicht?

Die Lage ist augenblicklich noch völlig undurchsichtig. Man kann nichts bestimmtes darüber sagen, ob es zu einer Auflösung des Landtages kommen wird oder nicht. Wie jetzt verlautet, scheint es den Blauhochdemokraten aber doch nicht gelungen zu sein, den rechten Flügel zum Umtaufen zu bringen, und die Ablehnung der Auflösungsanträge ist daher wieder wahrscheinlicher geworden. Überratschungen sind allerdings nicht unmöglich.

Mitteilungen aus der Gemeindebildung

am 7. Juli 1925.

1. Auf das Ersuchen der Stadtverordneten, einen Erweiterungs- oder Neubau der 42. Volksschule an der Theaterstraße in Angriß zu nehmen, wird das Hochbauamt mit Planung und Kostenveranschlagung beauftragt.

2. Zum Aufbau einer weiteren Turnhalle auf die Turnhalle der 49. Volksschule an der Liebknechtstraße, nebst Gerätbeschaffung werden über die bereits im Haushaltplan 1925 vorgesehenen 75 000 Mark weitere 5000 Mark bewilligt. Zur Überwachung ist die Zustimmung der Stadtverordneten erforderlich.

3. Den Stadtverordneten werden folgende Bewilligungen vorgeschlagen:

10 000 Mark zur Anlage eines Werkunterrichtsraumes für die 33. Volksschule in Vorstadt Seidnitz.

8000 Mark für Umbauten in der 34. Volksschule an der Cossebauder Straße.

2000 Mark Beihilfe für den Gröbelschen Erziehungsverein für Instandsetzungen und Neuan schaffungen in seinen Kindergarten.

Hierüber wurden noch 19 Punkte erledigt.

Noch keine Besiegung des Dualismus in den sächsischen Berufsschulen.

Im Rechtsausschuß des Landtages stand am Dienstag der deutschnationalen Antrag Sieger auf Unterstellung sämtlicher Berufsschulen unter das Wirtschaftsministerium zur Betreuung. Die Frage des Dualismus der Berufsschulen ist insofern in ein neues Stadium eingetreten, als, wie schon gemeldet, das Gesamt kabinett die Betreuung der Berufsschulen dem Wirtschaftsministerium übertragen und dieses mit der Ausarbeitung eines Berufsschulgesetzes beauftragt hat. Die ganze Frage wird aber vom Rechtsausschuß erst zu einem späteren Zeitpunkt ab schließend behandelt werden, da ein deutschvolksparteilicher Verteilungsantrag gegen die deutschnationalen Stimmen Annahme findet.

Das Ergebnis der Wäsche-Woche beim Stadtverein für Innere Mission.

Mit dem Abschluß der Innernen Mission führen während der Wäsche-Woche vom 30. März bis 4. April täglich acht Reichswettbewerbe durch unsere Stadt, um jeden Abend schwer bepackt zum Abladen in den Toren des Vereinshauses zu verschwinden. Was angeht der dort aufgestapelten Mengen zunächst sah unmöglich schien, nämlich Ordnung in das Durcheinander zu bringen, die zerrissene Wäsche auszubekommen, Schuhe befreien und schwere Sachen waschen zu lassen, das alles gelang dennoch dank der Hilfe unermüdlicher Helfer bis zum schließen der Termine. Jede Kirchengemeinde hatte bis zu 50 ihrer armen Mitglieder nach dem Vereinshaus bestellt, und zwar die älteren Wohltätigkeiten — darunter die kinderreichen Familien — zuerst, die übrigen für einen späteren Termin. Die Ausgabe der Sachen fand in der Zeit vom 4. Mai bis 10. Juni statt. Die Gemeindeschwestern oder Damen des Frauenvereins der jeweiligen Kirchengemeinde, die mit den häuslichen Verhältnissen der Bedürftigen vertraut waren, halfen beim Aussuchen und Anprobieren der Sachen und sorgten dafür, daß ein jeder das erhält, was er am notwendigsten braucht. Wie festgestellt worden ist, sind 1700 Einzelpersonen bzw. Chepaare und 1700 Kinder mit insgesamt 11 020 Gegenständen, und zwar: 5270 Wäsche, 4165 Kleidungsstücke und 1590 Paar Schuhe bedacht worden. In diesen Zahlen ist nicht mit eingeschlossen die gesamte Säuglingswäsche, nicht ausgebesserte Schuhe, Sachen, die vor Angebrauch einer größeren Rendierung bedurften, Kleingeflechter, wie Krägen, Strümpfe, Hüte usw., sowie alles das, was sich noch in der Arbeitsstätte des Stadtvereins befindet, um dort je nach Bedarf an solche Wohltätigkeiten vergeben zu werden, die sich bei der Arbeit bewährt haben.

Möchte doch jeder, der zum Gelingen der Wäsche-Woche beigetragen hat, das Leid der Kinderungen gesehen und Begegnungen sein, wie bedrängt Eltern, die in ihrer Not schon verzagen wollten, aufzumachen und alle Einzelne wieder Hoffnung schöpfen, daß es doch noch Hilfe gibt!

Borlängig keine Außenredebatte.

Verhandlung im Plenum erst nach Absendung der Note.

Der Kanzler legt dauernde Fühlung mit dem Außenminister an.

Berlin, 8. Juli. Im Auswärtigen Ausschuß des Reichstages machte vor Eintritt in die Tagesordnung der Vorsitzende Abg. Herzog (D.-R.) Mitteilung von einem Schreiben des Abg. Müller-Franken (Soz.), worin unter Hinweis auf die Vorgänge im Plenum am Schluß der letzten Woche der Wunsch ausdrücklich wird, die Frage zu klären, ob eine außenpolitische Aussprache im Plenum des Reichstages stattfinden solle.

Reichskanzler Dr. Luther

erklärte hierzu, die Reichsregierung beabsichtige vor Abfertigung der Antwortnote auf die französische Note mit dem Auswärtigen Ausschuß in nochmalige Fühlung zu treten. Dies soll erfolgen sobald der Text für die Antwortnote in der Regierung selbst durchgearbeitet sei. Obgleich diese Note nach dem Stande der internationalen Erörterungen des neunten Problems noch nicht einen abschließenden Charakter tragen werde, so könnten immerhin wesentliche Voraussetzungen darin bereits zur praktischen Entscheidung kommen.

Die Regierung hält eine Erörterung im Plenum des Reichstages vor Abfertigung der Note nicht für zweckmäßig, halte dagegen an der Auflösung fest, daß nach der Abfertigung eine Erörterung im Plenum angezeigt sei.

Bei einer Aussprache im Plenum vor der Abfertigung müßte die Reichsregierung befürchten, daß sich ein Eingehen auf Einzelheiten der doch nicht vermeiden läßt, wodurch dann der diplomatische Brauch, der artige Notes vor Überreichung nicht

bekannt zu geben, verletzt werden würde. Die der Regierung durchaus erwünschte parlamentarische Mitwirkung sei ja durch die in Aussicht genommene Bübungnahme mit dem Auswärtigen Ausschuß gesichert.

Hieran schloß sich eine ausführliche Geschäftsausordnungsdebatte, in deren Verlauf der Reichskanzler und der Reichsminister des Auswärtigen wiederholte das Wort nahmen. — Zum Schluß stellte der Vorsitzende Abg. Herzog fest, daß er entsprechend den Erklärungen des Reichskanzlers mit der Regierung in Vernehmung bleiben werde, um, sobald die Verhandlungen des Kabinetts über die bevorstehende Antwort zur Sicherheitsfrage dahin gediehen seien würden, eine neue Sitzung des Auswärtigen Ausschusses anzuberufen.

Die Vereinbarung mit den Regierungsparteien.

Berlin, 8. Juli. Im Reichstag fand gestern eine Verhandlung des Reichskanzlers mit den Führern der hinter der Regierung stehenden Reichstagsfraktionen über die außenpolitische Debatte statt. Es wurde, wie verlautet, eine Einigung erzielt, und man rechnet damit, daß es beim bisherigen Vorschlag des Reichskanzlers verbleibt, wonach die Debatte erst nach der Abfertigung der für Ende der Woche im Aussicht stehenden Zwischennote der deutschen Regierung an Briand stattfinden soll.

Mit der gestern abend erfolgten Einigung zwischen Kanzler und Regierungsparteien, wonach keine Plenaraussprache vor Abfertigung der Note erfolgen soll, sind die Oppositionsparteien nicht einverstanden. Sozialdemokraten, Demokraten und Wölfe halten ihre Forderungen nach sofortiger Debatte über den Sicherheitspakt aufrecht. Ob diese Forderungen der Opposition durchzusetzen sind, hängt ganz von der Haltung des linken Flügels des Zentrums ab, die bis zur Stunde noch völlig unklar ist.

Kunst und Wissenschaft.

Oper im Albert-Theater.

Es wählt der Mensch mit seinen größten Zwecken. Direktor Leopold Löschke belustigt viel Ehefrau und brachte am Dienstag in der Sommeroper Wagners „Tannhäuser“ zur Aufführung. Das mußte von vornherein als Wagnis erscheinen. Das Werk verlangt zu seiner vollen Wirkung große Ausmachung. Solist gebe sein Stil verloren. Und ausgelaufen in Dresden eine „Tannhäuser“-Wiedergabe mit wenig ausreichenden Mitteln zu riskieren, das hätte unterblieben sollen. Es gibt Spielweisen und andere Bühnenkopfschöpfungen genug, die seltener zu hören sind, und deren Schwierigkeiten mit geringerer Aufwands an Zeit und Kraft genommen werden können. Ein Orchester von 40 bis 50 Mann kann es einfach nicht schaffen, so richtig auf die einzelnen unter Dr. Müller-Franken (Soz.) Führung auch ins Zeug leiten. Wagner verlangt vierfaches Holz, zwölf Trompeten, vier Posaunen. So blieb ihm die Ouvertüre als die dramatische Zusammenfassung des Werkes vorbehoben. Ebenso fehlte die Festmarschmusik lediglich. Auch die Chöre vertrieben an dem Abende nur teilweise. Am wenigsten der Männerchor der heimkehrenden Pilger mit überzeugenden, unschönen Tenören. Auch die Sirenen hatten länglich nicht viel Verstärkungsspiel an sich. Das sind eben Aufgaben, die sich von heute zu morgen nicht erfüllen lassen. Aber das möchte noch abweichen. Das entschieden nicht zureichende war die Inszenierung, die ungemein viel Stimmung nahm. Eine Venusgruppe von unauslöschlicher Nüchternheit mit simplem Vorhang als Hintergrund. Um die Hochzeitsszene im ersten Aufzuge mühten sich in ihrer Eigentümlichkeit der Wagner-Schule. Und dann der Achsel in seiner Schmucklosigkeit und jeder dekorativen Wirkung bar. Er zerstörte alle Illusion. Ebenso vermischte man das Herzstück im dritten Akt. So kam es zu keiner Stimmungseinheitlichkeit. Es fehlte eben die allzuende Aussicht, ohne die „Tannhäuser“ nun einmal nicht vorstellbar ist. Etwas schwabt. Denn was die Solisten voten, kann ungefähr höher und hätte eine glänzende Nobbung sehr wohl verdient. Den Titelhelden sang Bruno Kotell mit sehr ansprechenden Mitteln. Er notierte minuter aufwärts, ließ es im übrigen aber an Leidenschaftlichkeit und Feuer feineswesen schlagen. Sein Liebesjubel kam recht überzeugend. Charlotte Vierordt gab himmlisch und musikalisch eine wundervolle Elisabeth, obgleich der Altm nicht immer recht aushalten wollte. „Ich teure Hölle“ kam blendend. Diese Eindrücke

hinterließ das Gebet. Kein durchgeführt war Rottmanns Vandastraf, wenn auch mitunter Ermüdungserscheinungen beim Anfang in der Höhe anzusehen traten. In Tieflagen fand sein fülliger Bass außerordentlich schön. Sehr lobenswert fand sich Dr. Jan Cane mit seinem Wolfram ab, in gefälliger Beziehung sowohl wie auch im Spiel. Das Lied an den Abendstern, von elegischer Zartheit durchdrungen, gefiel besonders gut. Als Ritterländer machten sich im übrigen nach Mähne des Königs Dimano (Walther), May (Vitter), Wagner (Heinrich der Schreiber) und Müller (Reinmar) mehr oder weniger verdient. Einig waren sich die Schauspieler im Sextett fanden geschickten Ausfallen. Anne Neuburg sang die Venus mit etwas eigenartiger Vokalisation, nicht immer freier Tongebung und verbesserungsbefürchtigter Auswirke. Im Ausdruck fehlte die leidenschaftliche Kraft. Als Dietrich befriedigte Hanna Kirbach. Den Höhepunkt brachte der zweite Akt mit dem wirklichen Finale in großer Steigerung. Das Haus war gut besetzt. An wohlwollendem Besuch war kein Mangel. Für die Spielzeit zeichnete Dr. A. Weißkittel. Das Ende fiel in die Mitternachtshütte. Man ging diesmal mit etwas gemischt Gefühle nach Hause. „Tannhäuser“ war an dieser Stelle nicht notwendig. E. P.

* Mitteilung des Sächsischen Staatstheaters. (Opernhaus). In der Dresdner Staatsoper wird im nächsten Winter die Ballettpantomime „Elégie des Teufels“ nach einer Textvorlage von Ellen v. Clevé-Pech komponiert von Jaap Koel, zur Uraufführung, ferner das Ballett „Der große Kugel“ von Alfredo Gallo, nach einer Novelle von Pirandello, zur deutschen Uraufführung, und eine Tanz-Symphonie von E. N. v. Nejicic zur Uraufführung gelangen. Die choreographische Einstudierung aller drei Werke begleitet die Weiterbildung des Balletts der Dresdner Staatsoper: Ellen v. Clevé-Pech.

Schauspielhaus. Die Anrechtsinhaber werden darauf aufmerksam gemacht, daß die Frist zur Einlösung der Antragskarten an die bisherigen Inhaber am Freitag, dem 10. Juli, nachmittags 4 Uhr abläuft.

Es wird darauf hingewiesen, daß noch drei Vorstellungen der Komödie „Sechs Personen suchen einen Autor“ von Luise Brandtstatt und zwar am Freitag, dem 10. Juli, Sonnabend, dem 11. und Sonntag, dem 12. Juli. Alle Vorstellungen finden außer Amtlich statt.

Es wird darauf hingewiesen, daß noch drei Vorstellungen der Komödie „Sechs Personen suchen einen Autor“ von Luise Brandtstatt und zwar am Freitag, dem 10. Juli, Sonnabend, dem 11. und Sonntag, dem 12. Juli. Alle Vorstellungen finden außer Amtlich statt.

neben Hansi Arnsdorf als Susanne d'Ange die zweite weibliche Hauptrolle der Marguerite darstellen.

* Neue Mitglieder der Sächsischen Akademie. Zu ordentlichen Mitgliedern der mathematisch-physischen Klasse der Sächsischen Akademie der Wissenschaften in Leipzig wurden gewählt die ordentlichen Professoren an der Leipziger Universität Dr. Martin Gildemeister (Physiologie), Dr. Werner Hock (Allgemeine Pathologie und pathologische Anatomie), Obermedizinalrat Dr. Ernst Koch (Allgemeine Pathologie und pathologische Anatomie der Haupteile) und Dr. Ludwig Weidmann (Geophysik).

* Galerie Arnold. Die Ausstellung von Chagall wird bis Sonnabend, den 11. Juli, verlängert.

* Schüler-Vortragsabend. Friederike Stitti geprägt am Dienstag der Öffentlichkeit einen Einblick in ihre Unterrichtswerkstatt mit einer langen Reihe von Prosa- und Gedichtvorlesungen, die sie von ihren Schülern und Schülerinnen sprechen ließ. Es war erfreulich zu beobachten, wie die eigene vorzügliche Sprechkunst der Lehrerin auch auf die Mehrzahl der Lernenden vorbildlich und befriedigend gewirkt hatte, und wo auf Seiten der Schüler himmlische Begabung und natürliches warmes Empfinden sich zu dem Angelehrten gesellte, wie etwa beim Vortrage von Brentanos „Vore Luv“ oder bei der Wiedergabe der Dichtungen von Agnes Michel („Die Abenden“), Pauli v. Strauß („Der Seefahrer“), Goethe („Mephistos Gesang“) und bei den kleinen Gedichten von H. Hesse und Ina Seidel, da gab es einen guten Klang. Am ganzen Abend man 20 verschiedene Dichtungen, darunter auch einige „Weiles Gewalt“ aus „Antigone“ des Sophokles, ein Dramat „Sonnenwende“ von R. v. Strauss und zwei Hymnen von Bröder — als Sprechkunst bez. als Gesamtwirkung aller Studierenden. Gerade diese präzisen, gut phrasierten Ensembleleistungen, die die gefährlichen Klippen einer schullosenmäßigen Wirkung glücklich umschritten, zeigten die vorzügliche sprachliche Schulung, die von Friederike Stitti als Lehrerin der Redefunk-Kurse an der Dresdner Volksschule schule ausgegangen war.

* Die Salzburger Festspiele bringen in

Eine Sammlung für die Kriegsblinden.

Die Sammlung soll dem Zwecke dienen, die vom Bund erblindeter Krieger, C. V., City Berlin, seit dem Jahre 1919 betriebene Erholungsstätte den heutigen Bedürfnissen entsprechend auszubauen. Der Bund erblindeter Krieger, C. V., hat es sich von Anfang an zur Pflicht gemacht, die wirtschaftlichen, geistigen und künstlerischen Interessen der Kriegsblinden Deutschlands ohne Unterschied ihrer politischen und religiösen Lebensorientierung nach Kräften zu fördern. Im Verlauf dieser übernommenen Verpflichtung hat er bereits im Sommer 1919 in Delitzsch an der Elster mietweise ein Heim für den Erholungsaußenbereich seiner Mitglieder gewonnen. Die in diesem Jahre gemachten Erfahrungen erwiesen die unbedingte Notwendigkeit des Ankaufs eines eigenen Hofs, um so alljährlich den Kriegsblinden die erforderliche Erholung bieten zu können. Im Sommer 1920 konnte dann auch dieser Gedanke durch den Ankauf des derzeitigen Hofs in Herberg am Harz in die Tat umgesetzt werden. Das Heim konnte nach einigen baulichen Verbesserungen mit 45 Betten ausgestattet werden. Während man bei der Schaffung des Heimes eine jährliche Besucherzahl von etwa 200 Gästen voraussetzte, erhöhte sich diese aber schon nach Ablauf des ersten Geschäftsjahrs auf über 300, und nach dem Bericht über das Jahr 1924 hatte dieses Jahr eine Besuchsziffer von 270 Gästen mit 7750 Verpflegungstageinheiten aufzuweisen, während noch 180 um eine Aufnahme nachdringende Kriegsblinde wegen Mangels an Raum abgewiesen werden mussten. Diese Tatsache ist ein Beweis dafür, in welch vorzüglicher Weise sich das Unternehmen unter den Kriegsblinden eingeführt hat, sie ist aber auch ein weiterer Beweis dafür, wie dringend nötig der weitere Ausbau des Unternehmens ist, damit für die folgenden Jahre alle Bedürfnisse standortlos befriedigt werden können. Erwähnt sei noch, dass das Heim nicht nur den Mitgliedern des Bundes erblindeter Krieger, C. V., sondern auch den kriegsblinden Nichtmitgliedern offensteht, doch ist die Zahl derselben sehr klein, da zurzeit rund 90 Prozent aller Kriegsblinden Deutschlands dem Bunde angehören.

Aus der vorstehenden Schilderung dürfte hervorgehen, dass eine erhebliche Summe notwendig ist, um die Erholungsstätte für die Kriegsblinden so zu gestalten, dass sie als befriedigend angesehen werden kann. Da es den Kriegsblinden nicht möglich ist, diese Summe aus eigenen Kräften aufzubringen, ist ohne weiteres verständlich, Sie haben es daher freudig begrüßt, dass sich die Kriegsblindenstiftung dazu bereit erklärt hat, sich in den Dienst der auten Sache zu stellen, und dass vor allem auch die zuständigen Behörden die Genehmigung zur Durchführung der Sammlung ertheilt haben. Die Gewissheit, dass sich der Vorstand der Deutschen Kriegsblindenstiftung aus Vertretern des Reiches, der Länder, der Arbeitgeber, Arbeitnehmer, der Beamten und der freien Berufe zusammensetzt, und dass darin die Kriegsblinden selbst hinreichend vertreten sind, dürfte alle Teile des Volkes veranlassen, sich der guten Sache zu widmen und nach Maßgabe des persönlichen Könnens zu einem schönen Erfolg der Sammlung beizutragen.

Zinsabzüge sind zu leisten auf das Konto "Deutsche Kriegsblindenstiftung Sammlung 1925" beim Bauamt S. Bleichroeder in Berlin, aber auf das Postscheckkonto der Deutschen Kriegsblindenstiftung beim Postscheckamt in Berlin, Kontonummer 54 413.

* **Gehrmann Steiger Ehrenmitglied des sächsischen Landbundes.** In der am Montag abgehaltenen Vorstandssitzung des sächsischen Landbundes wurde dem hochverdienten Förderer der sächsischen Landwirtschaft, Geh. Oberamtmann Dr. Steiger, Leutewitz, erster Vorsteher des nunmehr aufgelösten sächsischen Landeskulturrates und Mitbegründer des Bundes der Landwirte in Sachsen, wegen seiner großen Verdienste um die sächsische Landwirtschaft die Ehrenmitgliedschaft im sächsischen Landbund verliehen.

* **Das Landesamt für Arbeitsvermittlung ein "stilisch der Beratungshalle für ausscheidende Wehrmachtangehörige hat seine Geschäftsräume nach Dresden-R. S. Kasernenstr. 20, verlegt und ist von jetzt ab unter Berufsnr. 14875, 18348, 17700, Sammelnummer 2761 zu erreichen.**

Borauzahlungen auf die Einkommensteuer 1925. Für die am 1. Schonfrist 17.1. Juli 1925 fälligen Borauzahlungen auf die Einkommensteuer 1925, die auf Arbeitslohn, auf Einkommen aus Kapitalvermögen, aus freiem Beruf, aus Grundbesitz und sonstigen Einnahmen zu entrichten sind, sind Voranmeldungen nach einem neuen Vordruck, der bei den Finanzämtern ihres Wohnorts abzugeben. Die bisherigen Vordrucke sind nicht mehr zu verwenden. Die Finanzämter sind angewiesen, Voranmeldungen nach dem alten Vordruck zwar nicht zurückzuweisen. Die Steuerpflichtigen haben aber auf Verlangen noch eine Voranmeldung nach dem jetzt gültigen Muster abzugeben.

* **Stromausführung.** In einer uns vom städtischen Betriebsamt zugänglichen, in Nr. 289 veröffentlichten Notiz, bestellt "Unterbretzung in der Stromausführung", war gefragt worden, dass am 19. Juni durch Gewitter Beschädigungen in den Stromausführungsanlagen der Aktiengesellschaft Sächsische

Werke stattgefunden hätten, wobei die Stromversorgung der Stadt nach vierzig Minuten in vollem Umfang wieder aufgenommen werden konnte. Hierzu stellt uns die A.-G. Sächsische Werke mit: Tatsächlich sind in den Stromausführungsanlagen der Aktiengesellschaft Sächsische Werke zur Stadt keine Beschädigungen eingetreten. Es waren die Schalter der beiden zuliefernden Werke Lauta und Orlitzfelde nur ausgelöst, so dass nach Hochfahren und Zusammenschalten der getrennten Anlagen im Elektrizitätswerk Tolkewitz der Stadt nach zwanzig Minuten und im Werkstoffwerk der Stadt nach fünfundzwanzig Minuten volle Spannung und Leistung seitens der Aktiengesellschaft Sächsische Werke wieder zur Verfügung standen. Auch liegt kein tatsächlicher Anhalt dafür vor, dass die Ursache der Vorgänge Gewitter gewesen sind.

* **Zahl der Volksschüler in Sachsen.** Während die 1922 rund 700 000 betrug, ging sie 1923 auf 540 000 und 1924 sogar auf 510 000 zurück. Wenn man auch bis 1929 auf einen Wiederanstieg auf 540 000 hofft, so bleibt sie doch weit hinter früheren Jahren zurück.

* **Ein schwerer Kraftwagenunfall ereignete sich am gestrigen Dienstag Abend kurz vor 11 Uhr in Hermsdorf an der Bahnlinie Mohlsdorf-Königswalde. Wütten im Ort macht die Dresden-Königswalder Staatsstraße eine scharfe Kurve. Als der 31 Jahre alte Chauffeur Max Lehmann aus Bernsdorf bei Hömerswerda mit dem von ihm besetzten Personenkraftwagen die Kurve an der Schlossmauer passierte, vermochte er sie nicht richtig auszufahren, sondern geriet in den Grasengraben, wo der Kraftwagen schweren Schaden erlitt. Lehmann wurde mehrfach und erheblich verletzt, er muhte zu später Nachtstunde nach dem Carolathaus in Dresden übergeführt werden. Seine Ehefrau, die sich mit im Auto befand, wurde so schwer verletzt, dass sie bald verstarb und nach der Totenbahn des Hermannsbergs Friedhofes geburzt werden musste. Lehmann hatte Auftrag, in Dresden einen Herrn abzuholen; er hatte seine Frau gewissermaßen aus Sicherheitsgründen mitgenommen.**

* **Zum Seuhlinger Gattenmord.** Wie berichtet, war in der Nacht zum 18. Mai d. J. die am 15. Mai 1887 zu Thielhof in Polen geborene Arbeiterbecherau Antonia Kalwa die geborene Ilseone während der Überfahrt über die Elbe vom eignen Manne meuchlings in die damals hochgehenden Bluten gestoßen und so auf hinterlistige Weise ermordet worden. Der Leichnam der Frau Kalwa konnte bei Torgau aus der Elbe geborgen werden. Auf Anordnung der Staatsanwaltschaft Dresden wurde durch den Torgauer Gerichtsbarzt die Sektion der Leiche vorgenommen. Die Untersuchung gegen den Waffenmord, der sich im Dresdner Untersuchungsgesängnis befindet, dauert noch fort.

Blutige Schlägerei auf der Vogelwiese.

Ein Todesopfer.

Über eine schwere Messerstecherei meldet das Preßbeamte des Polizeipräsidiums folgendes: Auf der Vogelwiese entstand gestern nacht in der zweiten Stunde zwischen etwa 20 Hamburger Bürgern ein sogenannter Rolandsbürtner, die zwei sich feindlich gegenüberstehenden Organisationen angehören, eine Messerstecherei. Dabei wurde einer der Beteiligten getötet und einer schwer verletzt. Sieben Personen wurden verhaftet.

Steuerprozeß Wallher.

Wie bereits berichtet, begann am vorigen Donnerstag ein Termin gegen den Rechtsanwalt Dr. iur. Carl Wallher, der als Leiter der Rechts- und Steuerabteilung des Deutschen Industriezentrums durch seine vielseitigen Verbündungen und Beratungen gegen die verschiedenartigen Steuergesetze und dergleichen Verordnungen verstochen haben soll. Nach der zeitraubenden Vernehmung des Beschuldigten zur Person wurde für die weitere Prozeßdauer die Offenlichkeit ausgeschlossen. Dies erfolgte, weil bei den langwierigen Erörterungen über die Gesetze und deren Anwendung kaum Auslegung die Staatsinteressen gefährdet werden können. Justizrat Dr. Drucker, der Vorsteher des Deutschen Anwaltsvereins, der Dr. Wallher vertheidigte, hat sein Mandat niedergelegt, weil er den Vorstehenden des Gerichts für bedrogen hält. Als Verteidiger sind nunmehr die Rechtsanwälte Dr. Wessel, Dr. Horst und Dr. Puppelt tätig. Die Verhandlung ist bisher nur sehr langsam vorwärts gekommen.

Wegen öffentlicher Bekleidung der gesamten sächsischen Justiz

verhandelte das Gemeinsame Schöffengericht Dresden in einer viertägigen, teilweise geheimen Sitzung gegen den 41 Jahre alten, jetzt im Wartegang befindlichen Volkschullehrer Walter Gustav Büchner, der beobachtet wurde, anlässlich einer Verhandlung vor der 6. Ferienstraßammer am 10. September 1923 das betreffende Richterkollegium auf das allerhöchste bekleidet zu haben. In genannter Zeit führte Büchner einen Prozeß gegen einen Banddirektor, der in einer Sitzung der Ferienstraßammer als zuständige Verwaltungskanzlei von der Anklage der Bekleidung freigesprochen wurde. Bei Verkündung des Urteils sprach die Anklage damals ganz erregt dem Richterkollegium die schwersten Beleidigungen zu. Nach diesem Amüsalfall richtete Büchner an das Schulamt ein

Uraubsgesuch, worin er die denkbar schwersten Vorwürfe und Beschimpfungen erhob, die dann mehrere Tage später in einem Artikel eines Wochenblattes in gleicher Form wiederholt wurden.

Der Beschuldigte erklärte, dass er für jene Handlungswelle nicht verantwortlich gemacht werden könne, er sei damals in größter Erregung gewesen. Nach viertägigen Erklärungen und Erörterungen gab Büchner an, dass er ein Opfer Müller-Heims sei, der auch den Artikel verschafft und der Wochenschrift übergeben habe. Durch Gerichtsentschluss wurde Müller-Heim aus der Untersuchungshaft vorgeführt, um als Zeuge gehört zu werden. Er gab an, der Artikel sei auf Wunsch und unter Prämierung des Angeklagten geschrieben worden. Eine völlige Klärung ließ sich nicht erzielen. Als örtliche Sachverständige bezeichneten Obermedizinalrat Professor Dr. Reich, Stadtbaurat Dr. Leonhardt und Regierungsmedizinalrat Dr. Oppen den Angeklagten für gesetzlich gemindert und Staatsanwalt Ehrenberg und Landgerichtsdirektor Dr.

Imhoff als Nebenkläger forderten entsprechende Bestrafung. Das Gericht erkannte auf drei Monate Gefängnis und Publikation des Urteils.

187. Landes-Lotterie. Dritte Klasse.

Ziehung am 8. Juli 1925.

(Ohne Gewähr.)

Gewinne zu 20 000 Mf.: 02100, - 10 000 Mf.: 12076, - 5000 Mf.: 58800, - 2000 Mf.: 78100 95258 96420.

Gewinne zu 1000 Mf.: 8088 80992 75888 98329 101138.

Gewinne zu 500 Mf.: 14151 14751 17978 21741 22214 26348 64175.

67305 70116 78187 77971 80158 81212 81781 88858 95118 108758 112182 118570.

Witterungsüberblick der Landesswetterwarte

vom 8. Juli 8 Uhr morgens

Stationen	Temperatur in °C in 0 = Soll 12 Uhr	Wind Windrichtung bei 12 Uhr	Wetter- vorhersa- mung	Witterungs- verlauf	Tiefen- druck in hPa bzw. gebr. Tiefen- druck	Höchst- Temperatur in °C bzw. gebr. Höchst- Temperatur	Wind- richtung in 0 = Soll 12 Uhr
Dresden	+17 W	7 Regen, bedeckt	bew. Regen	+16 +20	1	-	-
Wohnsee	+15 WNW	5 wolzig	wolzig, Regen	+14 +23	-	-	-
Mitschwerda	+16 W	5 off bedeckt	off. Regen	+12 +10	4	-	-
Leipzig	-	-	-	-	-	-	-
Coswig	+14 WNW	3 halbbedeckt	halb. Tiefdr.	+14 +23	4	-	-
Annaberg	+12 W	3 off bedeckt	hell. Tiefdr.	+12 +21	1	-	-
Königsberg	+8 NW	frei	frei, wolig	+7 +16	5	-	-
Borkum	+16 NW	6 wolzig	Regen, wolig	-	9	-	-
Hamburg	+16 NW	5 wolzig	Regen, wolig	+13 +23	1	-	-
Baden	+14 -	5 wolzig	Regen, wolig	+13 +21	9	-	-
Schweden	+15 W	4 bedeckt	sehr. Regen	+15 -	9	-	-
Danzig	+20 NW	4 bedeckt	wolzig	+15 +21	0,0	-	-
Wiesbaden	+16 W	5 wolzig	wolzig, Regen	+15 +20	4	-	-
Magdeburg	+16 NW	5 wolzig	wolzig, wolig	+14 +25	8	-	-
Bremen	+17 WNW	2 wolzig	wolzig, Regen	+16 +25	9	-	-
Braunschweig	+16 NW	2 wolzig	wolzig, Regen	+15 +22	1	-	-
München	+16 SW	3 bedeckt	wolzig, Reg.	-	-	-	-
Bremen	+6 ONO	6 wolzig	wolzig, Regen	+5 -	10	-	-
Dresden-B.			Sonneneindauer am 7. Juli: 0,4 Stunden.				
			Wettermittel Temperatur am Erdabend im vergang. Nacht: 15°.				

Beobachtungen an der Landeswetterwarte Dresden-B.

110 m über 7. 9.

Tag	Jahr	Windrichtung bei 0	Temperatur in °C	Windrichtung bei 12	Windrichtung bei 24	Windrichtung bei 0	Windrichtung bei 12	Windrichtung bei 24	Windrichtung bei 0
7. 7.	21.ii.	752,5	24,5	50 WNW	7mS	4 cu.	10 mi. str.	10	sehr kühle Regen
7. 7.	9. ab.	752,3	19,5	75 W	7mS	10	mi. str.	3	-
8. 7.	17.mg.	752,5	17,2	82 W	7mS	10	mi. str.	15	schauer

Luftdruckverteilung über Europa.

Der geringste über der Nordsee und dem Kanal gelegene Luftdruckausläufer ist in Begleitung harter Bewölkung mit Niederschlagschauern über unser Gebiet hinweggedrungen. Auf seiner Rückseite ist Höhe von etwa 10 Grad Celsius südwärts vorgestossen. Rauten nach der gestrigen Wetterlage mit einer späteren Besserung der Witterung gerechnet werden, so gelang die heutige Wetterfarbe wieder zu einem ungünstigeren Bild. Von nordlich zum östlichen Europa hat sich eine Kette von Teilkrüppen entwickelt, die mit ihren Randbildungn die Witterung des europäischen Festlandes beeinflusst. Des Weiteren liegt über Frankreich und weitet davon heute morgen ein Gebiet des Zuluwurzes, so dass von dort vorerst kein Luftdruckanstieg und damit auch keine Besserung der Witterung zu erwarten steht.

Wettervorherlage.

Börjen- und Handelsteil.

Proteststreik der Berliner Börse

Übertragung über die Beschlüsse des Aufwertungsausschusses.

Der gesamte Börsenverkehr der Berliner Börse ist heute abgesunken, da der Börsenvorstand vormittags beschlossen hatte, als energischen Protest gegen die abermalige Abänderung der Auswertungsvoorschläge die Börsenzäume für jeden Verkehr geschlossen zu halten. Als heute morgen bekannt geworden war, daß im Auswertungsausschuß des Reichstages ein Antrag der Kompromißparteien angenommen worden war, der dahin zielt, dem Neubetrag nur eine Auswertung von 2,5 Prozent für die Anleihen zu gewähren, trat in heimischen Staatsanleihen ein empfindlicher Kurseinsturz ein. Am Verkehr von Bureau zu Bureau ging die 5%ige Kriegsanleihe bis 0,815 zurück, während 8½%ige Preußische Rente nach einem Vortagskurs von 0,550 bis auf 0,430 und Schutzzonenanleihe bis 5,15 sanken. Dieser Tiestand war zwar nur vorübergehend, da die Schließung der Börse wieder eine leichte Erhöhung dieser Höhe zur Folge hatte. Immerhin wäre bei der gegenwärtigen Lage der gesamten Börse eine empfindliche Beeinflussung des Aktienviertels, auch der Dividendenmärkte, von diesem Vorgang zu erwarten gewesen, so daß der Schritt des Börsenvorstandes bei den Börsenbesuchern im allgemeinen genehmigt wurde. Wie wir hören, sind Bestrebungen im Gange, für sämtliche auswertungsberechtigten deutschen Staatsanleihen die Notierungen vorläufig einzustellen, bis sich der Reichstag über deren endgültige Behandlung klar geworden ist. Gegenwärtig liegt der Börsenvorstand noch, um die Formulierung der Begründung seiner Maßnahme zu vollziehen.

Der Vorstand der Dresdner Börse beschloß gleichfalls, heutige keine Börsenversammlung abzuhalten und erklärt: Die Börse sieht sich durch die plötzlichen erneuten Beschlüsse des Auswertungsausschusses in der Frage der Anleiheauswertung vor eine völlig neue Lage gestellt, deren Endgültigkeit noch nicht einmal feststeht. Hierdurch ist in den Anleihemarkt eine Unsicherheit gebracht worden, die geeignet gewesen wäre, auch andere Marktgebiete zu beunruhigen, so daß der Börsenvorstand die Schließung der heutigen Börse angeordnet hat.

Auch an der Chemnitzer Börse fand keine Börsenversammlung statt, während Leipzig Börse abhielt.

Leipziger Börse vom 8. Juli.

Das Geschäft an der Leipziger Börse war von jeher schwach. Die Umsätze waren gleich Null. Die Kurse gingen teils nach oben, teils nach unten, so Thüringer Gas + 0,25, Glaubiger Ander + 3, Brüderl + 0,5, Mittweidaer Baumwollspinner + 3, Paradiesbetten Steiner + 1,5, Tränster & Würter - 0,75, Halle Zimmermann - 1, Halle Pfannenfach - 2, Mittweidaer Baumwollweberei - 3, Pflanze - 2. Im Kreisverkehr war das Geschäft gleichfalls gering bei überwiegenden Kurströmungen. Der Anlagenmarkt war schwächer, Staatsfonds, Stadtanleihen und Pfandbriefe abgeschwächt. Kriegsanleihe fielen zurück auf 0,35, Schatzabteilungsanleihe auf 5,25.

Amtlich notierte Devisenkurse

in Berlin	Zugewiesen wurden	8. Juli		7. Juli	
		Geld	Brief	Geld	Brief
Niederrhein	je 100 fl.	voll	168,19	168,61	168,19
Brüssel-Antw.	je 100 Fr.	voll	19,36	19,40	19,31
Norwegen	je 100 Kr.	voll	75,11	75,29	76,00
Dänemark	je 100 Kr.	voll	86,54	86,76	86,84
Schweden	je 100 Kr.	voll	112,46	112,74	112,41
Helsingfors je 100 Finn. Mk.		voll	10,562	10,602	10,555
Italien	je 100 Lire	voll	15,23	15,27	15,43
London	je 1 Pfd. Sterl.	voll	20,389	20,441	20,391
Newyork	je 1 Dollar	voll	4,195	4,205	4,195
Paris	je 100 Fr.	voll	19,59	19,63	19,59
Schweiz	je 100 Fr.	voll	81,44	81,64	81,18
Spanien	je 100 Pes.	voll	60,92	61,08	60,92
Deutschösterre. I. Mk., 1,100 Sh.		voll	59,057	59,197	59,057
Prag	je 100 Kr.	voll	12,432	12,472	12,436
Budapest	je 100000 Kr.	voll	5,895	5,915	5,895
Buenos Aires	je 1 Peso	voll	1,694	1,694	1,692
Bulgarien	je 100 Lewa	voll	3,025	3,015	3,03
Tokio	je 1 Jen	voll	1,716	1,720	1,716
Rio de Janeiro je 1 Milreis		voll	3,464	3,465	3,454
Agram	je 100 Dinars	voll	7,38	7,40	7,35
Portugal	je 100 Escudos	voll	20,775	20,825	20,775
Danzig	je 100 Guilden	voll	80,84	81,04	80,84
Konstantinopel je 1 Pfd. türk.		voll	2,299	2,30	2,276
Athen	je 100 Drachmen	voll	6,99	7,01	6,99
Merkur 8. Juli	8. Juli	8. Juli	8. Juli	8. Juli	8. Juli
Marlene	Marlene	Marlene	Marlene	Marlene	Marlene

Berlin, 8. Juli. **Hördtewien.** Auszahlung zwischen 80,20 bis 80,65, Rottweil 80,25 bis 80,65, Regen 80,50 bis 80,90, Neustadt 1,114 bis 1,120, Rommel 41,296 bis 41,500. **Norden:** Polen (groß) 29,75 bis 30,25, (kleiner) 28,00 bis 29,40, Westfland 29,50 bis 30,00, Ostland 1,111 bis 1,125, Elbauen 40,04 bis 41,96, Boizen 30,25 bis 30,65.

Amsterdam, 8. Juli. **Dewijsenfurte.** (Antang.) **Westfland** auf London 12,12,75 bis 12,13,25, Berlin 0,59,36 bis 0,59,40, Paris 11,71,50 bis 11,75,50, Brüssel 11,57 bis 11,61, Schweiz 48,40 bis 48,47,50, Wien 0,98,00 bis 0,98,20, Bonn/Baden 51,00 bis 51,20, Stockholm

Wien 0,35,00 bis 0,35,20, Rosenbagen 51,00 bis 51,20, Stockholm 60,85 bis 67,00, Christiania 44,75 bis 48,00, Neuworf 249,50 bis 246,75, Madrid 39,25 bis 36,35, Italien 9,15 bis 9,25, Prag 7,35 bis 7,47,00, Finnland 622,50 bis 632,50, Budapest 0,00,34,75 bis 0,00,35,25, Bufaren 1,10 bis 1,20, Berghau 0,47,90 bis 0,48,00.

Büro, 8. Juli. **Dekkensfurie**. (Anfang.) Neuworf 5,15,25, London 25,04,50, Paris 23,75,50, Brüssel 28,72,50, Meiland 19,00, Madrid 74,92,50, Holland 206,50, Stockholm 128,25, Christiania 92,75, Rosenbagen 106,125, Prag 15,25, Berlin 122,70, Wien 72,50, Budapest 100,00,72,50, Belgien 90,6, Sofia 372,50, Bufaren 287,50, Maridao 98,65, Odense 13,00, Konstantinopel 2,75, Wien 8,45, Buenos Aires 208, Tendenz: fall.

Konstantinopel, 7. Juli. **Dekkensfurie**. (Mitgeteilt von den Deutschen Eisenbahnen Berlin durch die Preddiger Bank, Dres-

4,875, Berlin 2,29, Amsterdam

Reichsbank-Zinssätze.

Wissenschaftliche Beiträge zum 8. Deutschen

Berliner Produktienbörse vom 8. Juli.
Die festen amerikanischen und englischen Deutschen liehen auch im heutigen Getreidemarkt die Forderungen wieder etwas ansteigen. Für greifbare Ware besteht nach wie vor Interesse, doch sind die hohen Kurse schwer durchzusetzen. Das bezog sich für ausländische Weizen, wie auch für inländischen Roggen, obwohl die unbeständig gewordene Witterung die neue Ernte zu verärgern droht. Im Lieferungshandel zogen die Juliopreise beider Brotgetreidearten gegen gestrige Notierungen etwa 2 M. an. Im Gerstengeschäft blieb die fast angebotene Wintergerste sehr schwer unterzubringen. Hafer in heimischer Ware knapp offeriert und fest, sonst wenig verändert. Mais in geringem Verkehr. Mehl allgemein ruhig, wenn auch in promptem Roggenviehl noch gut unterzubringen. Futterartikel still

*A. D. Cred.-Anst.	8.7.	7.7.	*Presto	8.7.	7.7.	*Leipziger Spitzen	8.7.	7.7.	*Brauerei Riebeck	8.7.	7.7.	*Leipz. Gummi	8.7.	7.7.	*Emaili. Grüchte	8.7.	7.7.
Leipz. Hyp.-Bank	84,0	84,0	*Pen. Maschfabr.	135,0	135,0	*Leipziger Wollk.	68,0	68,0	*Glautz. Zuckert.	74,5	74,25	Piano-Zimmerm.	26,0	26,0	Hugo Schniteler	83,5	83,0
Sächs. Bank	58,75	65,0	*Wolawerke	35,5	36,75	Mittw. Baumw.	100,0	100,0	*Hall.Zuckerfabr.	98,0	93,0	*Prescher	52,5	54,0	Fritz Schulz	52,5	54,0
*Bankt. Grundbes.	58,0	58,0	*Köllmannwerke	74,0	75,0	*Nordd. Wolle	148,0	141,0	*Najork	16,0	16,0	*Pinkau	53,5	53,5	*Wurz. Kunstm.	53,5	53,5
*Manuf. Aktien	61,0	61,25	*Falkenst. Gard.	69,0	69,0	Stöhr & Co.	31,375	31,25	*Limmr. Steina	72,5	73,0	*Polyphon	67,0	69,0	Steigunt. Colditz	54,0	54,0
*Erzg. Steinkohle			*Kasseler Jute	162,0	162,0	*Textil Claviez	39,625	40,5	*Fürb. Glauchau	97,0	97,0	*Porz. Waldsassen	101,0	100,0	Gerald. Stenk. Sta.	210,0	210,0
*Döhlitzer Kuxc.	75,0	75,0	*Gesaer Jute	300,0	300,0	*Thür. Wollgarn	83,5	83,75	*Ludwig Hünfeld	65,5	65,5	*Reinatrom & Pilz	121,0	121,0	Vereinsglück	—	—
*Elitewerke	78,0	78,0	*Chemin. Spinner.	127,0	127,0	Tittel & Krüger	124,0	124,0	Karl Kästner	78,5	77,0	*Zwick.-Oberh.	275,0	285,0	Zwick.-Oberh.	—	—
Zimmerm. Halle	27,0	28,0	*Kamming Osutzsch	72,0	73,0	*Trämkn.&Wärker	76,0	76,75	*Eitzold & Kießling	87,5	87,5	*Riquet & Co.	86,0	86,25	*Prehlitz. Pr.-A.	84,5	84,5
*Maschi. Germ.	47,5	47,5	*Leipe. Baumwsp.	138,0	138,0	*Wernshausen	62,5	62,5	*Kunstanst. Groß	89,75	89,75	*Reudner Ziegel	82,8	82,5	*Thüring. Gas	84,5	84,5
*Wacken. Dürler	129,0	132,0	*Leipa. Kasumeso.	108,0	105,0	*Zitt. Mech. Web.	74,25	74,5	*Buchb. Fritzsche	74,0	—	*S. Bromze Wurzen	68,0	67,75	Kell & Loser	0,86	0,86

